

Stimmen der Weltpresse

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **33 (1953-1954)**

Heft 2

PDF erstellt am: **17.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

STIMMEN DER WELTPRESSE

In der römischen Tageszeitung «*Il Tempo*» erschien am 2. April ein «*Friedenshoffnung*» betitelter Leitartikel von *Ugo d'Andrea*. Nachdem der Verfasser einige auf eine veränderte, friedliche politische Haltung Moskaus deutende Ereignisse festgestellt hat, wie insbesondere die Wiederaufnahme der Waffenstillstandsverhandlungen in Panmunjom und das Einverständnis Rußlands zur Ernennung des UNO-Generalsekretärs in Lake Success, versucht er den wesentlichsten Gründen dieser Veränderung nachzugehen. — Große innere Probleme und Schwierigkeiten haben sich Malenkow bei der Nachfolge Stalins gestellt. In erster Linie ist das heutige Rußland nicht mehr dasjenige von 1940, und es fällt schwer, in den Beziehungen Moskaus zu den Satellitenstaaten den Moskauer Imperialismus, der zu einem konservativen System geworden ist, mit den Revolutionen auf dem Balkan, die sich noch in der Säuberungsphase befinden, in Einklang zu bringen. In zweiter Linie kann Malenkow nicht als absoluter Diktator auftreten, sondern nur als *primus inter pares*. Dies nicht nur wegen der Persönlichkeit des verstorbenen Diktators, sondern auch, weil die Beziehungen zwischen Partei, Staat, Heer und Bürokratie eine neue Form annehmen werden, da die neue Generation nicht zur Revolution, sondern zum Imperialismus erzogen wurde. Die heutige russische Gesellschaft ist nicht mehr diejenige von 1928. Unterdessen hat sich eine industrielle Revolution abgespielt, das Sparen und das Privateigentum wurden eingeführt. Deshalb glaubt der Autor, daß in Rußland in diesen Jahren der alte «Individualismus» wiedererstandene sei, der im Gegensatz zum Kriegskommunismus der besetzten Länder stehe. Diese Folgerungen bilden nicht nur eine Erklärung für die von Malenkow eingeschaltete Ruhepause, sondern berechtigen auch zur Ansicht, daß, über die Widersprüche innerhalb der demokratischen Staaten hinaus, vielleicht noch tiefere Widersprüche innerhalb der sowjetischen Welt existieren.

Die «*National News-Letter*» Nr. 870 (162 Buckingham Palace Road, London S. W. 1) vom 26. März behandeln die politischen und strategischen Probleme der *Suezkanal-Zone* als ein typisches Beispiel für den inneren Zusammenhang zwischen Politik und Verteidigung. Der Artikel weist nach, daß der Suezkanal strategisch weder durch den Besitz des südlichen Teiles von Israel und Teilen von Transjordanien noch der Insel Cypern oder des Golfes von Alexandrette ersetzt werden könne. Die Antwort auf die Frage, ob es irgend einen brauchbaren Ersatz für die Kanalzone gebe, müsse vom Standpunkt des Generalstabes aus schlechterdings mit Nein beantwortet werden. — Andererseits könnten keine Zweifel an der Ernsthaftigkeit der ägyptischen Begehren auf bedingungslose Räumung der Kanalzone durch die Engländer bestehen. Sofern Naguib nicht innert kurzer Zeit nach dieser Richtung hin brauchbare Resultate erziele, sei es zweifelhaft, ob er seine Position gegen seine zahlreichen Feinde halten könne, die sich vorläufig hätten zurückziehen müssen. Da sich zudem vor einem Jahr gezeigt habe, wie leicht die ägyptische Bevölkerung zu fremdenfeindlichen Aktionen hingerissen werden könne, wodurch der Wert einer militärischen Basis beeinträchtigt werde, bleibe, rein militärisch betrachtet, nichts anderes übrig als eine militärische Besetzung von Kairo, Alexandrien und dem Nildelta, es sei denn, Ägypten könne in ein Nah-Ost-Verteidigungssystem einbezogen werden. — Eine militärische Besetzung Ägyptens wäre jedoch ein politisches Unglück. Sie würde von Seiten Amerikas nicht unterstützt und könnte unvorhergesehene Konsequenzen nach sich ziehen. England würde sich die ganze arabische Welt zum Gegner machen. In jeder Hinsicht käme eine solche Aktion einer politischen Stupidität gleich. — *Stephen King-Hall* versichert, daß er diese Möglichkeit überhaupt nicht erörtern würde, wenn nicht einige sogee-

nannte Realisten in England mit diesem Gedanken spielen würden. — Da, realistisch betrachtet, tatsächlich unter Umständen nur die Räumung der Kanalzone übrig bleibe, bestehe die richtige Strategie darin, diese Räumung so vorzubereiten, daß England den größten Vorteil aus einer solchen Konzession an den ägyptischen Nationalismus ziehe. Das Argument, dies der eigenen Nation und ihren Soldaten begreiflich zu machen, bestehe im Hinweis auf die Ereignisse vor einem Jahr, als 70 000 Mann englischer Truppen nur sehr knapp am Leben hätten bleiben können, so daß der Wert der Basis in einem Weltkrieg sich als zweifelhaft erwiesen habe. Stephen King-Hall möchte sogar so weit gehen und erklären: «Wir verlassen Ägypten, aber was geschieht mit unseren Investitionen?» Es müsse versucht werden, den Ägyptern zu zeigen, daß sie ohne das technische Personal die zahlreichen Industrie- und Kanalwerke in Ägypten nicht unterhalten könnten. Hierfür seien mindestens 10 000 ausländische Fachleute nötig.

Drei Redaktoren aus verschiedenen Ländern äußerten sich im Bulletin des *Internationalen Presseinstitutes* über die Probleme der Auslandkorrespondenten¹⁾. Basil L. Walters, Direktor der «Knight Newspapers» in Chicago, beurteilt die Auslandberichterstattung nicht nach ihrem Umfang und nach der Zahl der Korrespondenten, sondern einzig nach ihrer Qualität. Dabei genügt es nicht, über die ausländischen Ereignisse von historischer Bedeutung zu berichten. Die Zeitungen sollten sich vielmehr bemühen, Artikel zu veröffentlichen, aus denen der Leser erkennt, daß die Menschen, wo immer sie sind, unter den gleichen menschlichen Bedingungen leben. — Björn Bunkholdt, Auslandredaktor von «Aftenposten» in Oslo, hält im allgemeinen die Auslandberichterstattung für ebenso genau wie die Inlandberichte, wenn auch die Ereignisse in gewissem Sinne vereinfacht werden. Er macht indessen eine bedeutende Einschränkung für diejenigen parteipolitisch orientierten Zeitungen, die auf Kosten der Genauigkeit das in den Vordergrund stellen, was sie als vorteilhaft für ihre innenpolitische Überzeugung halten. Basil L. Walters betont, daß die Genauigkeit der Zahlen und Texte nicht allein maßgebend ist. Eine Meldung ohne jede geschichtliche Beleuchtung oder Erklärung kann unter Umständen jeder Objektivität entbehren. — W. L. Andrews, Direktor der «Yorkshire Post» in Leeds, hält eine bessere Ausbildung der jungen englischen Journalisten für dringend. Walters betont, daß sich jeder Journalist ständig vervollkommen muß. Amerikanische Zeitungen überlassen es den Agenturen, die wichtigen Ereignisse zu melden, und verlangen, daß sich ihre Korrespondenten mit dem befassen, was hinter den Tagesereignissen Bestand hat. Sie lehnen eine Betrachtung ausländischer Verhältnisse durch die amerikanische Brille ab. Der Auslandkorrespondent muß in das Denken des Gastlandes eindringen, den Beweggründen seines Handelns nachgehen und diese den amerikanischen Lesern darzustellen suchen. — Nach Andrews sind die britischen Zeitungsdirektoren nicht leicht zufriedenzustellen und suchen ständig, ihre Blätter zu verbessern. Jede britische Zeitung, die über die nötigen Mittel verfügt, bemüht sich, aus dem Ausland gute Sonderberichte und eigene Informationen zu erhalten. Die Auslandkorrespondenten haben sich nicht unbedingt an die Wegleitungen ihrer Redaktionen zu halten. Gelegentlich kann es sich im Gegenteil ereignen, daß ein intelligenter Korrespondent seinen Chefredaktor leitet.

Der *Informationsdienst der Moralischen Aufrüstung* berichtete in Nr. 6/1953, der berühmte Polarforscher Byrd habe unter anderem erklärt: «Um die Jahrhundertwende waren wir gewohnt, wahren Fortschritt in der technischen Entwicklung zu

¹⁾ Cahiers de l'I. I. P., Zurich, Mars 1953: «Points de vue sur le grand reportage». Trois rédacteurs responsables de pays différents discutent le problème des correspondants à l'étranger.

erblicken, anstatt in der Fähigkeit, mit seinem Nachbarn auszukommen. — Die Selbstsucht hat sich in den Menschen verdichtet zu einem Stück armiertem Beton. Heute hindert sie den Fortschritt. Wenn die Menschen diese Selbstsucht nicht loswerden können, besteht keine Hoffnung auf Erhaltung der Freiheit. — Die größte Gefahr für unser Land droht nicht von außen. Sie steckt in uns selbst. Ich habe die Frage gründlich studiert und mich im ganzen Lande nach einer Lösung umgesehen. Gibt es eine Bewegung, die sich als erste Aufgabe vorgenommen hat, diesen empfindlichen Mechanismus eines freien Landes fehlerlos laufen zu lassen? Ich glaube, ihn in der MRA gefunden zu haben. — Sie packt das Problem an der Wurzel an. Sie setzt sich nicht nur mit den oberflächlichen Symptomen der den ganzen politischen Körper infizierenden Krankheit auseinander; sie geht direkt auf die Krankheit los. — Gott möge mit all denen sein, die ihr Leben für diese wichtige Aufgabe einsetzen. Die Zeit verfließt. Wir müssen mit dieser Entwicklung Schritt halten».

DAS GEMEINDEPRINZIP ALS NORM STAATLICHER KIRCHENPOLITIK IM STANDE ZÜRICH

VON WALTER HILDEBRANDT

Der eidgenössische *Stand Zürich* unterhält — abgesehen von einigen Pfarreien — mit der römisch-katholischen Kirche auf seinem Gebiete keine besonderen staatsrechtlichen Beziehungen. *Die römisch-katholische Kirche*, ihre Hierarchie und ihre Pfarreien, sind — vom Staate aus gesehen — Gebilde der privaten Rechtsordnung und stehen nur unter der allgemeinen staatlichen Aufsicht und Ordnung. Die römisch-katholische Kirche besteht für den Staat nicht als die machtvolle Körperschaft, die sie zu sein beansprucht. Staat und Kirche erscheinen hier getrennt. Andererseits ist festzustellen, daß die römisch-katholische Kirche auch keinen besonderen Einschränkungen unterworfen ist.

Heute begehren die Katholiken eine *Verbesserung der Rechtsstellung* ihrer Kirche, indem sie sich beklagen über den Mangel an öffentlich-rechtlicher Anerkennung, an Verbindung mit dem Bistum Chur, an dem Steuerrechte und über den Umstand, daß sie einen guten Teil der Staatsausgaben für die reformierte Kirche aufbringen müßten. Ihr Ziel ist offenbar eine besondere öffentliche Stellung und eine ökonomische Beziehung zum Staate.